

Newsletter November 2024

Heike Baehrens — für die SPD im Bundestag

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder haben sich die Ereignisse in den vergangenen Tagen überschlagen. Darum heute ein paar **Hintergrundinfos und Gedanken zur Einordnung**. Die Ampel-Koalition ist geplatzt, vorgezogene Neuwahlen stehen an. Donald Trumps überraschend deutlicher Wahlsieg in den USA gerät in der öffentlichen Wahrnehmung fast zur Nebensache, obwohl seine Folgen für die internationale Gemeinschaft äußerst bedrohlich sind und erste Personalentscheidungen des designierten US-Präsidenten nichts Gutes ahnen lassen.

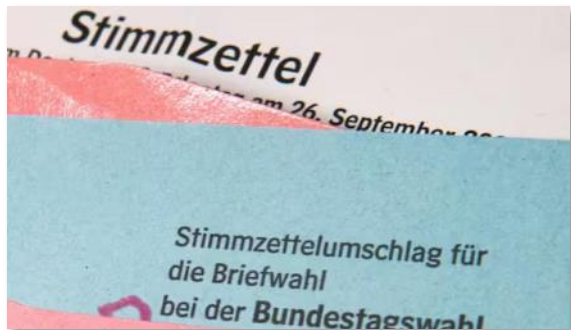
Bis letzte Woche Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz sich für einen Kompromiss in der Koalition stark gemacht, um die notwendigen wirtschaftlichen Impulse für unser Land noch gemeinsam setzen zu können. Leider war das mit Christian Lindner nicht zu machen. Wir alle wissen, dass die FDP immer wieder wichtige Vorhaben der Koalition blockiert und bereits geeinte Vorhaben in Frage gestellt hat. Zum wiederholten Male haben die FDP und Lindner nicht fair gespielt. Lindners Wirtschaftspapier war FDP pur und schloss Kompromisse mit den Koalitionspartnern SPD und Grünen eindeutig aus. Am Ende war der Rauswurf durch den Bundeskanzler unausweichlich. Er hat damit eine **Richtungsentscheidung für unser Land** getroffen: Deutschland braucht Klarheit und Stabilität! Deshalb streben wir als SPD einen geordneten Weg zu vorgezogenen Neuwahlen im Februar 2025 an.

Über den richtigen Zeitpunkt für den Wahltermin zu streiten, ist legitim – nicht jedoch die Art und

Weise, wie dies von Seiten der Union und leider zuweilen auch von Seiten der Medien geschehen ist. Unser Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich hat Recht: Die vollkommen unsachlichen und persönlichen **Angriffe der Union gegenüber der Bundeswahlleiterin** waren unanständig. Zweifel an ihrer Integrität zu schüren, war nicht in Ordnung. Sie hat zurecht vor den Risiken möglicher Fristverletzungen gewarnt. Demokratische Wahlen sind nun mal an Regeln, Normen und Fristen gebunden. Diese unbedingt einzuhalten, ist die oberste Aufgabe der Bundeswahlleiterin.

Eine demokratische Wahl ist eine organisatorische Mammutaufgabe. Kandidierende müssen von den Parteien gewählt, Landeslisten aufgestellt, Namen an die Wahlämter gemeldet und von ihnen geprüft, Wahlzettel gedruckt und verschickt, Briefwahlunterlagen erstellt werden und und und. Wenn vorschnell gehandelt und Fehler im Wahlprozess gemacht werden – es reichen ein paar Tippfehler bei den über 6.000 Kandidierendennamen –, kann die Wahl im schlimmsten Fall angefochten werden. Dann wäre eine Wiederholungswahl nötig und diese würde nicht nur die Konstituierung eines neuen Bundestages und einer neuen Regierung weiter hinauszögern, sondern schlicht Chaos auslösen. Zudem muss bedacht werden, dass eine zu kurze Zeitspanne die vielen Kleinparteien in Deutschland vor große Probleme stellt. Die Parteien, die nicht im Bundestag oder in einem der Landtage mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten sind, müssen je nach Bundesland

Hunderte oder sogar Tausende Unterstützerunterschriften sammeln, bevor sie eine eigene Landesliste einreichen können. Auch das muss bei einem fairen Wahlprozess bedacht sein. In einer Demokratie darf keine Partei Nachteile haben.



Jetzt, wo sich SPD, Grüne und Union auf den Wahltermin verständigt haben, fragen sich viele, wie es bis dahin weitergeht. Wir haben weiter eine handlungsfähige Regierung, sie hat jedoch keine Mehrheit mehr im Bundestag. **Um Gesetze verabschieden oder ändern zu können, braucht es nun Stimmen aus anderen Fraktionen.** Andererseits gibt es einige wichtige Aufgaben, die noch vor der nächsten Bundestagswahl gelöst werden sollten. Dazu gehört etwa der Abbau der sogenannten kalten Progression. Der Bundestag muss regelmäßig Steuersätze und Freibeträge anpassen, um zu verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise trotz Lohnerhöhung plötzlich weniger im Geldbeutel haben. Zu den wichtigen Maßnahmen gehören aber auch die Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) in deutsches Recht, die Erhöhung des Kindergeldes sowie die Verlängerung von Auslandsmandaten der Bundeswehr. Ein Vorhaben, das besonders drängt, ist, das **Bundesverfassungsgericht resilienter zu machen**, indem wir seine Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit im Grundgesetz festschreiben. Gerade in Zeiten des erstarkenden Populismus, der den Rechtsstaat abbauen will, ist es wichtig, das Bundesverfassungsgericht gegen mögliche Angriffe von Verfassungsfeinden abzusichern. Je nachdem, wie die nächste Bundestagswahl ausgeht, könnte dem zukünftigen Parlament

dazu die nötige Zweidrittelmehrheit fehlen. Eine Sperrminorität von AfD und BSW kann nicht ausgeschlossen werden, erst recht nicht, wenn andere Parteien an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Auch die Benennung von Bundesverfassungsrichtern wäre dann in Gefahr.

Solche Entscheidungen noch vor der nächsten Wahl zu treffen, ist also im Sinne aller demokratischen Parteien. Sie dürfen nicht aus parteitaktischen Gründen aufgeschoben werden. Darum ist es gut, dass die Union bereits öffentlich signalisiert hat, dass sie zumindest in Sachen Bundesverfassungsgericht mit uns zusammenarbeiten möchte. Ich hoffe sehr, da geht noch mehr. Völlig unklar ist aktuell, ob die FDP bereit ist, noch für das eine oder andere gemeinsam verhandelte Gesetz zu stimmen. Wir werden definitiv alles dafür tun, nur Themen auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen, bei denen eine Mehrheit unabhängig von der AfD erreicht werden kann.



Was die vielen **Gesetzesvorhaben angeht, die Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach** für dieses und das kommende Jahr geplant und auch bereits angeschoben hatte, herrscht aktuell Stillstand. Aber wir geben die Hoffnung noch nicht ganz auf, dass noch wichtige Einzelentscheidungen getroffen werden können, obwohl der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Tino Sorge flapsig in der Öffentlichkeit tönt, dass die Legislatur gesundheitspolitisch gelaufen sei. Wir als SPD werden im Parlament alles dafür tun, eine Mehrheit zu organisieren, um Notwendiges im Gesundheits- und Pflegebereich noch auf den

Weg zu bringen. Das gilt insbesondere für die Sicherung der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung.

Für mich persönlich bedeutet die vorzeitige Wahl, dass mein Abschied aus dem Bundestag nach dann 12 Jahren nun ein halbes Jahr früher stattfindet. Ich hätte gern noch mehr in den kommenden Monaten umgesetzt, das muss ich ehrlich sagen. Gerade für die Beschäftigten in der Pflege hatten wir zukunftsweisende Gesetze in der Pipeline, wie das Pflegefachassistenzgesetz oder das Pflegekompetenzgesetz. Beide werden nun nicht mehr umgesetzt werden können, da sie noch nicht im parlamentarischen Verfahren waren. Auch das Schicksal der angekündigten Pflegereform zur langfristig gesicherten Finanzierung der Pflege steht nun in den Sternen. Das ist sehr enttäuschend, denn die notwendigen Entscheidungen liegen auf der Hand und erlauben eigentlich keinen Aufschub.

Mein Fazit zum Ampel-Aus: Trotz aller Mühen besonders in der Zusammenarbeit mit der FDP war es richtig, vor drei Jahren die Dreier-Koalition eingegangen zu sein. Denn gemeinsam haben wir vieles auf den Weg gebracht, was in einer weniger progressiven Konstellation sicher nicht umzusetzen gewesen wäre: Wir haben einen höheren Mindestlohn erreicht, mehr Wohngeld, das Deutschlandticket, das Sondervermögen für die Bundeswehr, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, den Energiepreisdeckel, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – all diese Vorhaben tragen dazu bei, unser Land gerechter, zukunftsfähiger und nachhaltiger zu machen. Und das, obwohl wir und unser Kanzler Olaf Scholz das Land in den letzten drei Jahren unter schwierigsten Bedingungen – Corona, Ukrainekrieg, Inflation, Nahostkonflikt – führen mussten. Deshalb setze ich darauf, dass es uns gelingt, den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln, was unter schwierigen Vorzeichen erreicht wurde, und sie von unserem

Kurs für soziale, innere und äußere Sicherheit zu überzeugen.

Das Timing für Wahlkampf und Neuwahl ist denkbar schlecht, das spüren wir alle. Die **Herausforderungen bei uns im Land**, wie etwa vernünftige migrationspolitische Weichenstellungen, dulden keinen Aufschub. Und auch um uns herum brennt es: der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Krise im Nahen Osten, Instabilität im Osten Europas und der Wahlerfolg von Donald Trump – all diese Bewährungsproben auf der internationalen Ebene verlangen nach einer handlungsfähigen Bundesregierung, die sich auf eine stabile parlamentarische Mehrheit stützen kann und ihrer Verantwortung in Europa und auf der Weltbühne nachkommt. Das gilt insbesondere für die weitere Unterstützung der Ukraine in ihrem Überlebenskampf und Investitionen in unsere eigene Sicherheit. Das wird uns sehr viel abverlangen und kosten.

Apropos „abverlangen“: **Es wird ein kurzer, aber besonders anstrengender Winterwahlkampf.** Da wird es auf jede und jeden von uns ankommen. Lasst uns die kommenden Monate für unsere politischen Ideale und Ziele eintreten, für Sicherheit und Zusammenhalt, für wirtschaftliche Impulse und Investitionen in die Infrastruktur, für gut bezahlte Arbeit, stabile Renten und einen starken Sozialstaat. Olaf Scholz hat für den anstehenden Wahlkampf in seiner **Regierungserklärung am Mittwoch** den richtigen Ton gesetzt. Und auch **Rolf Mützenichs Rede** möchte ich empfehlen. Er mahnt unter Verweis auf Max Weber alle politisch Tätigen, dass es ein abgrundtiefer Unterschied ist, ob man in brüchigen Zeiten wie diesen „unter der gesinnungsethischen Maxime handelt oder unter der verantwortungsethischen.“ Integrität, Ehrlichkeit und Vernunft – das sind und bleiben unsere sozialdemokratischen Leitsterne.

Ihre/Eure

Kate Baalman



Unterwegs im Landkreis



Zehn Medizinstudierende haben im Rahmen der DocTour der Techniker Krankenkasse Einblicke in den Alltag von Hausarztpraxen in unserem Landkreis bekommen. Auch ein zwangloser Austausch mit mir zur aktuellen Gesundheitspolitik stand auf dem Programm.

Spannender Blaulichtabend in den beeindruckenden Räumlichkeiten des THW Göppingen. Ein großes Dankeschön an die vielen engagierten Menschen im Landkreis, die freiwillig dazu beitragen, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zu sichern und an den parlamentarischen Staatssekretär Johann Saathoff für seinen interessanten Input.



Bundesminister Karl Lauterbach, Ministerpräsident Kretschmann und Gesundheitsminister Lucha informierten sich über die Situation der medius KLINIKEN im benachbarten Landkreis Esslingen. Besonders beeindruckt waren wir von der Funktionalität und Ausstattung des kurz vor Inbetriebnahme stehenden Integrierten Notfallzentrums.





Mit unserem Sportkreispräsidenten Lothar Hilger beim großen Sportempfang der SPD-Fraktion im Bundestag.



Die 15-jährige Lucia hat zwei Wochen ein Schülerpraktikum in meinem Berliner Büro gemacht. Alles Gute!

Termine

Samstag, 16. November

10:30 Uhr
Landesparteitag
Offenburg

Montag, 18. November

10:00 Uhr
Besuch der Tagespflege Uhingen
Gespräch mit Geschäftsführerin
Evelyn Papp
14:00 Uhr
Bundesweiter Vorlesetag
Kita Eichertwald
Göppingen

Dienstag, 19. November

19:30 Uhr
Nominierungskonferenz für den Bundestagswahlkreis 263 Göppingen
Uditorium Uhingen

Mittwoch, 20. November

12:00 Uhr
ePA für alle
Showroom der Landesärztekammer
Baden-Württemberg
19:30 Uhr
Bericht aus Berlin
SPD-Ortsverein Stuttgart-West

Donnerstag, 21. November

16:00 Uhr
Thematische Bürgersprechstunde
„Wie sichern wir eine gute Gesundheitsversorgung?“
Bürgerbüro

Dienstag, 26. November bis Donnerstag, 28. November

Termine in Berlin

Bürgerbüro

Roth Carrée Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de